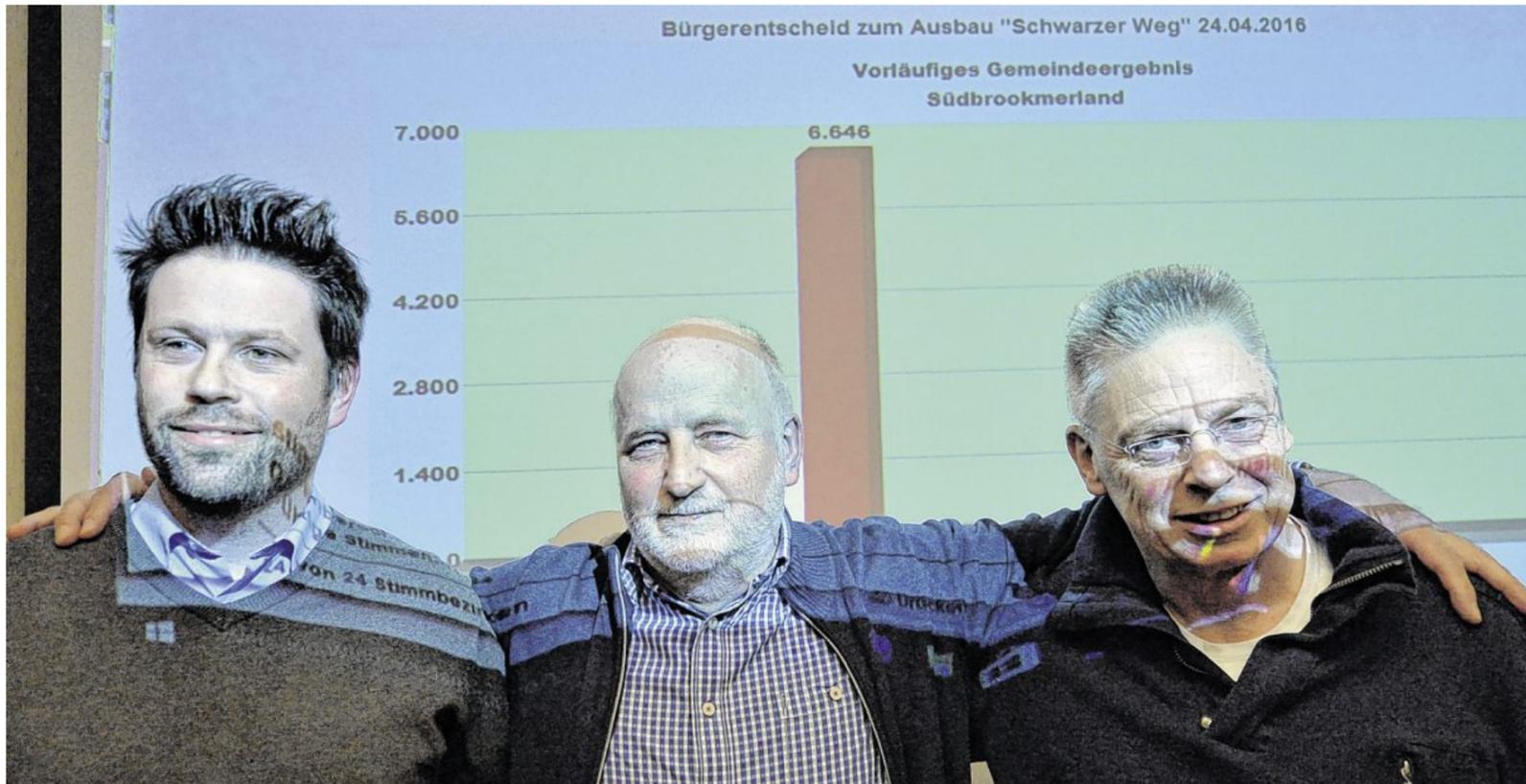


ZWEI JAHRE NACH DEM BÜRGERENTSCHEID

„Das gäbe dann Krieg in der Kommune“

FINANZEN BI „Schwarzer Weg“ befürchtet Ärger, sollte es wieder Straßenausbaubeitragsatzung geben



Strahlende Sieger: Marcel Schäfer (von links), Abbo Schön und Rudolf Junkmann von der Bürgerinitiative „Schwarzer Weg“ war es am 24. April 2016 gelungen, den Ausbau der Straße per Bürgerentscheid zu stoppen. ARCHIVBILD: ORTGIES

Das Geld für die in Südbrookmerland dringend nötigen Sanierungen soll stattdessen von außerhalb kommen – zum Beispiel vom Land und vom Bund.

VON DANIEL NOGLIK

SÜDBROOKMERLAND - Der 24. April ist für die Mitglieder der Bürgerinitiative (BI) „Schwarzer Weg Victorbur“ ein besonderer Tag: Dann ist der erfolgreiche Bürgerentscheid gegen den Ausbau ihrer Straße zwei Jahre her. Ein Grund zum Feiern ist das für die BI aber freilich nicht, denn an diesem Tag endet die gesetzliche Gültigkeitsdauer des Bürgerentscheides. Am 25. April könnten demnach die Bagger am Schwarzen Weg anrollen – allerdings nur theoretisch. Denn bis heute, zwei Jahre nach dem Entscheid, ist noch immer nicht geklärt, wie die Gemeinde Südbrookmerland die Sanierung ihrer Straßen bezahlen soll.

„Die Politik hatte jetzt zwei Jahre Zeit, sich gründlich Gedanken zu machen“,

sagte BI-Sprecher Abbo Schön am Montagabend bei der nunmehr 27. Sitzung der Initiative. Sich selbst nahm er dabei nicht aus – seit der jüngsten Kommunalwahl sitzt er für die Südbrookmerländer Bürgerliste selbst im Gemeinderat. „So richtig was bei rumgekommen ist bei den Beratungen über den Straßenausbau allerdings noch nicht.“ Wie berichtet, hatte der Gemeinderat einen Arbeitskreis für den Straßenausbau eingerichtet. Daraus berichten durfte Schön in der BI-Sitzung aber nicht – die Gruppe tagt hinter verschlossenen Türen.

Kritik übte der BI-Sprecher an den Christdemokraten. Die CDU hatte vorgeschlagen, eine neue Straßenausbaubeitragsatzung zu erlassen – allerdings mit einer Einschränkung: Nur wenn 80 Prozent der Anlieger einer Straße den Arbeiten zustimmen, soll der Ausbau erfolgen. „Das ist nicht rechtens“, sagte Schön am Montagabend.

Er zitierte Dr. J. Christian von Waldthausen, einen Fachanwalt für Verwaltungsrecht: Der Paragraph 6 des Niedersächsischen Kommunal-

OZ-KOMMENTAR

STRASSEN IN SÜDBROOKMERLAND

Augenwischerei

VON DANIEL NOGLIK



Irgendwie muss der Straßenausbau bezahlt werden – aber bezahlen möchte ihn niemand. Es ist Augenwischerei zu denken, Straßen nur mit Geld von außerhalb bezahlen zu können. Die Anlieger selbst entscheiden zu lassen, ob eine Straße saniert wird, ist aber ebenfalls ineffektiv. Das stellt die Bürger vor folgende Entscheidung: Zahle ich mehrere Tausend Euro oder fahre ich doch lieber auf miesem Asphalt? Viele werden sich für Letzteres entscheiden – und die Straßen bleiben in ihrem katastrophalen Zustand. Nein, es muss eine Lösung her, die realistisch und sozial zugleich ist. Hoffentlich fördert die Arbeitsgruppe einen guten Vorschlag zutage.

© Den Autor erreichen Sie unter d.noglik@zgo.de

abgabengesetzes lasse keinen „Raum für soziale oder finanzpolitische Erwägungen“. Er bezeichnete das Gesetz als „Knebelparagraphen“ für die Kommunen und die Bürger in Niedersachsen.

Deshalb dürfe es keine neue Straßenausbaubeitragsatzung geben, sagte der BI-Sprecher. Auch im Falle eines

neuen Beschlusses entstünden hohe Individualbeiträge für die betroffenen Anlieger. Außerdem entstünden hohe Personal- und Sachkosten für die komplizierte Berechnung und Erhebung der Beiträge in der Gemeindeverwaltung.

Er sei sich sicher, dass sich die Bürger betrogen fühlen würden, sollte erst mal eine

Satzung abgeschafft und dann eine neue erlassen werden, so Schön. „Ich möchte das Wort eigentlich gar nicht in den Mund nehmen, aber: Das gäbe dann Krieg in der Kommune.“

Für die schadhafte Straßen seien nicht nur die Anlieger verantwortlich. Stattdessen sorgten die Witterung, die schlechte Entwässerung, die mangelhafte Wartung, der Schwerlastverkehr und die nachträgliche Einbringung von Versorgungsleistungen dafür, dass Straßen wie der Schwarze Weg in einem katastrophalen Zustand seien.

Statt die Anlieger zur Kasse zu bitten, solle die Gemeinde vorrangig Geld von Bund und Land einwerben, auf eine Entlastung bei der Kreisumlage hinwirken und Fördertöpfe von Modellprojekten anzapfen. Als letzte Mittel nannte Schön eine Erhöhung der Grundsteuer B und Kreditaufnahmen für den Straßenbau. „Zuallererst müssen wir aber versuchen, das Geld von außerhalb zu bekommen – denn wir wollen ja nicht unsere eigenen Bürger belasten“, sagte der BI-Sprecher.

BI „Schwarzer Weg“ will in Hannover demonstrieren

POLITIK Die Bürgerinitiative fährt zur Expertenanhörung vor dem Innenausschuss des Landtags

Es soll um den Paragraphen 6 des Kommunalabgabengesetzes gehen. Die Vorschrift regelt, wie Anlieger finanziell am Straßenausbau beteiligt werden.

VON DANIEL NOGLIK

SÜDBROOKMERLAND - Die Bürgerinitiative (BI) „Schwarzer Weg“ will im Juni nach Hannover fahren. „Dort wird es vor dem Landtag eine Expertenanhörung zum Para-

graphen 6 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes geben“, sagte BI-Sprecher Abbo Schön am Montagabend bei einer Sitzung der Initiative. Die Vorschrift regelt die finanzielle Anliegerbeteiligung am kommunalen Straßenausbau. Er hoffte, dass möglichst viele BI-Mitglieder mit in die Landeshauptstadt kommen, „damit unsere Plakate wahrgenommen werden“. Er habe gehört, dass auch Bürger anderer Kommunen nach Hannover kämen.

Dr. Anne-Ly Do, stellvertretende Sprecherin des

Landtags, bestätigte gegenüber der OZ, dass am 5. Juni eine Expertenanhörung vor dem Innenausschuss des Parlaments abgehalten werde. „Es stimmt auch, dass bereits mehrere Zuschauer Interesse an einer Teilnahme bekundet haben“, so Do.

Es stehe allerdings noch nicht fest, zu welcher Uhrzeit, an welchem Ort und in welchem Rahmen die Expertenanhörung stattfinden werde. „Es ist nicht die Regel, dass derartige Detailfragen zu einem solch frühen Zeitpunkt geklärt werden“, erklärte sie.



Per Gesetz ist geregelt, dass Kommunen Grundstückseigentümer finanziell beteiligen können. BILD: NOGLIK

CDU lädt zur Sprechstunde ein

AURICH - Die CDU Aurich möchte sich auch außerhalb von Sitzungen der Öffentlichkeit stellen und lädt zu diesem Anlass an jedem dritten Sonnabend im Monat zu einer Sprechstunde bei Bäcker Lorenz in der Markthalle ein. Der „Kaffeeklatsch mit der CDU“ beginnt an diesem Sonnabend um 11 Uhr, teilte die Partei mit. Als Gesprächspartner stehen Mitglieder aus Stadtrat und Kreistag bereit.

Heute im multimedialen E-Paper

Videos

- So wird heute das Wetter in Ostfriesland
- Trainerin gibt Tipps für Hundezucht
- Ärztevereinigung zu Notdienstkreis
- Telemedizin wird immer wichtiger

Bildergalerien

- Ausstellung zum Ossilooop eröffnet
- Tischtennis-Prominenz in Warsingsfehn

... sowie viele weitere Videos und Bildergalerien zu lokalen und nationalen Themen.

Lesen Sie das multimediale E-Paper der OZ täglich ab 1 Uhr morgens auf dem Tablet oder am PC – monatlich schon ab 5,90 €. Jetzt kostenlos 14 Tage testen unter: www.oz-online.de/abo

POLIZEIBERICHT

Bei Streit verletzt
AURICH - In der Auricher Innenstadt sind am frühen Montagmorgen zwei Männer in Streit geraten. Dabei gab es einen Leichtverletzten. Zuvor war eine Gruppe vor einem Haus so laut gewesen, dass ein 31 Jahre alter Bewohner sich gestört fühlte und darum bat, leise zu sein. Er wurde aus der Gruppe aufgefordert, das im persönlichen Gespräch zu klären. Als der Bewohner die Haustür öffnete, kam es zu Handgreiflichkeiten. Dabei wurde der 31-Jährige leicht verletzt. Die Polizei ermittelt.

Lack zerkratzt
AURICH - Auf dem Esenser Postweg in Aurich ist zwischen dem späten Sonntagabend und Montagmittag ein BMW beschädigt worden. Unbekannte zerkratzten den Lack und sorgten laut Polizei für einen mittleren dreistelligen Schaden. Wer Hinweise geben kann, wird gebeten, sich unter Tel. 04941/606215 zu melden.

Nummernschild weg
AURICH - Von einem weißen Mercedes, der in der Kiebitzstraße in Aurich abgestellt war, ist zwischen Sonntag, 17 Uhr, und Montag, 16 Uhr, ein Nummernschild gestohlen worden. Das amtliche Kennzeichen lautet AUR-OT 111. Die Polizei bittet um Hinweise.